



Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Prof. Dr. Kai Niebert, Deutscher Naturschutzring
Prof. Dr. Hubert Weiger, BUND
Martin Kaiser, Greenpeace

- via E-Mail -

Jochen Flasbarth

- Staatssekretär -

TEL +49 3018 305-2020

FAX +49 3018 305-2045

büero.flasbarth@bmu.bund.de

www.bmu.de

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“

Hier: Ihr Schreiben vom 27. November 2018

Berlin, 21.12.2018

Lieber Herr Kaiser,
lieber Prof. Dr. Niebert,
lieber Prof. Dr. Weiger,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. November. Gerne möchte ich Ihnen aus Sicht des Bundesumweltministeriums antworten. Vorweg möchte ich aber nochmals ausdrücklich meinen Dank für Ihre engagierte und konstruktive Mitarbeit in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ zum Ausdruck bringen.

Alle, die wir in den Prozess der Kommission eingebunden sind, waren und sind uns der damit verbundenen Herausforderung und des ausgesprochen ambitionierten Zeitplans bewusst, wie er mit dem Einsetzungsbeschluss festgelegt wurde. Daher war es umso überraschender, dass zwischenzeitlich mit dem 28. November ein mögliches Datum für den Beschluss von abschließenden Empfehlungen der Kommission im Raum stand.





Seite 2

Natürlich hätten gerade wir als Bundesumweltministerium es sehr begrüßt, wenn es zu einer vorfristigen Einigung gekommen wäre und wir mit vollen Händen nach Kattowitz zur Klimakonferenz hätten fahren können. Zwar ist dies nun nicht der Fall; entscheidend ist aber doch, dass der Prozess zu einem guten Ende und einem für alle tragfähigen Ergebnis gebracht wird. Und vor allem Letzteres schien noch nicht erreicht zu sein.

Die Diskussion in und um die Kommission zeigt noch einmal sehr eindrucksvoll die unterschiedlichen Interessenslagen. Sie zeigt aber auch, welche Bedeutung ein Kompromiss letztlich hat: Wenn es der Kommission gelingt, für die Lösung dieses in Teilen gravierenden gesellschaftlichen Konflikts umfassende und von einer breiten Mehrheit getragene Empfehlungen zu erarbeiten, so ist dies ein klarer Auftrag an die Bundesregierung, diese Empfehlungen auch in toto in Regierungshandeln zu überführen.

Gerne können wir uns zu weiteren Aspekten in einem Gespräch Anfang 2019 weiter austauschen.

Bis dahin wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames und besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Neue Jahr 2019.

Mit freundlichen Grüßen





BMU Büro - Sts Flasbarth	
28. NOV. 2018	
0707	
<input type="checkbox"/> Ste z.K./z.E.	<input type="checkbox"/> AE
<input type="checkbox"/> AL/UAL/Ref.	<input type="checkbox"/> Stellungnahme
	<input type="checkbox"/> Votum z. Teilnahme / z. weiteren Vorgehen
	<input type="checkbox"/> Beantwortung
	<input type="checkbox"/> w. Veranlassung
	<input type="checkbox"/> m.d.B. um Rücksprache
	<input type="checkbox"/> z.d.A. / weglegen
Frist Eingang St-Büro:	
Beschäftigung	

Den Mitgliedern des
Lenkungskreis der
Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Berlin, 27.11.2018

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, sehr geehrte Herren Staatssekretäre,

die Kohlekommission stand bis Mitte letzter Woche vor einer entscheidenden Weichenstellung. An diesem Mittwoch sollte sich zeigen, ob dieses einmalige Format erfolgreich abgeschlossen werden kann. Vertreter aller relevanten gesellschaftlichen - teils diametral entgegengesetzter - Interessen haben seit Wochen intensiv an einer Lösung gearbeitet, wie ambitionierter Klimaschutz, Strukturentwicklung, die Interessen der Beschäftigten wie auch der Industrie in Einklang gebracht werden können. Eine Einigung schien in Sichtweite.

Klare Zielstellung des Mandats ist unter anderem, dass die Kommission nach einem ersten Zwischenbericht zum Strukturwandel rechtzeitig zur Klimakonferenz in Katowice einen Plan vorlegt, wie das Klimaziel von 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2020 noch weitestgehend zu erreichen sei. Dies kann nun nach Intervention der Bundesregierung nicht mehr erfüllt werden.

Die Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag bewusst entschieden, den klimapolitisch notwendigen Kohleausstieg mit seinen komplexen gesellschaftlichen Fragestellungen nicht selber festzuschreiben, sondern den Diskurs der betroffenen Interessensvertreter in einer Kommission zu konzentrieren. Dafür sollte der Kommission größtmögliche Freiheit eingeräumt werden.

Mit großer Irritation müssen wir feststellen, dass die Bundesregierung den Diskussionsraum für die Kommission kontinuierlich beschneidet und mit den jüngsten Entscheidungen des Koalitionsausschusses nachhaltig zu schwächen droht.

Der schrittweise Kohleausstieg ist nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern auch Voraussetzung für die nachhaltige Modernisierung unserer Volkswirtschaft. Ob im Verkehr oder der Industrie, eine treibhausgasneutrale Energieversorgung ist die Voraussetzung für die Innovationen von Morgen.

Dass eine solche gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht zum Nulltarif zu haben ist, müsste inzwischen klar sein. Insbesondere die kurzfristige Erreichung der Klimaziele wird nur über eine Einigung mit den Betreibern möglich sein. Wir appellieren deshalb an Sie, bezüglich der Finanzierungsfragen schnellstmöglich eine für alle Seiten gangbare Absprache zu finden.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass nach unserer heutigen Einschätzung eine Einigung innerhalb der Kommission möglich wäre. Es wäre daher fatal, wenn die Bundesregierung eine solche Einigung durch politische Vorfestlegungen, die den Verhandlungsspielraum verengen, verhindert.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring (DNR)

Prof. Dr. Hubert Weiger, Vorsitzender BUND

Martin Kaiser, Geschäftsführer Greenpeace Deutschland